Presseinformation

Deutsches Verkehrsforum

Kontakt: Ingrid Kudirka ▪
Klingelhöferstraße 7 ▪
10785 Berlin ▪
Tel. 030 / 26 39 54-30 ▪
Fax 030 / 26 39 54-22 ▪
kudirka@verkehrsforum.de ▪

Parlamentarischer Abend Luftverkehr:

Spohr fordert Fairness für den Luftverkehr

Berlin, 11. September 2014 – **Carsten Spohr**, Präsidiumsmitglied des Deutschen Verkehrsforums (DVF), Vorsitzender des Vorstands Deutsche Lufthansa AG, hat auf dem Parlamentarischen Abend des DVF vor einem Rückschritt Deutschlands als weltweiter Luftverkehrsstandort gewarnt.

„Wir wollen, dass Deutschland als internationaler Luftverkehrsstandort wieder an die Spitze des Weltluftverkehrs rückt - mit starken heimischen Airlines und mit effizienten Partnern." „Denn," so Spohr, „die stärkste Volkswirtschaft in Europa hat die schwächste Dynamik im Luftverkehr. Die Passagierzahlen in Europa wachsen um 3,4 Prozent und in Deutschland nur 0,5 Prozent." Spohr weiter: „Auch Logistikweltmeister bleiben wir nur mit einer wettbewerbsfähigen deutschen Luftfahrtindustrie."

Der Lufthansa Chef forderte fairere internationale Wettbewerbsbedingungen und spielte damit auf den Verdrängungswettbewerb der staatlich geförderten Fluggesellschaften aus der Golf-Region an. „Fairness heißt, dass es für beide Seiten Chancen gibt – und, dass die gleichen Regeln für alle gelten", sagte Spohr.

Die deutsche Luftverkehrswirtschaft investiere jedes Jahr hohe Milliardenbeträge in der Luft und am Boden. Die Politiker von Bund und Ländern sind nun dringend gefordert die Rahmenbedingungen für heimische Luftfahrtunternehmen zu verbessern und Belastungen zu verringern, appellierte DVF-Präsidiumsmitglied Spohr in Richtung der anwesenden Politiker.

Damit der deutsche Luftverkehr wieder auf Kurs kommen könne, müsse aus Sicht der Flughafenbetreiber und der Airlines vor allem die Flughafeninfrastruktur strategisch weitenentwickelt werden. Dazu sei der Bund aufgerufen, das nationale Luftverkehrskonzept auf den Weg zu bringen. Dazu gehöre ein verbindlicher Bestandsschutz für die Betriebszeiten für Luftfracht- und Passagierverkehr. „Fraport, größter Industrieflughafen in Kontinentaleuropa, kann keine weiteren Einschränkungen in den Betriebszeiten hinnehmen", erklärte **Dr. Stefan Schulte**, Mitglied des DVF-Präsidiumsmitglied, Vorsitzender des Vorstands Fraport AG. Reiche nannte Diskussionen um generelle Nachtflugverbote für den Standort Deutschland schädlich. **Rita**

*Das **Deutsche Verkehrsforum** ist die einzige verkehrsträgerübergreifende Wirtschaftsvereinigung in Europa. Unsere rund 170 Mitgliedsunternehmen wollen die Verkehrsbedingungen verbessern sowie die Mobilität in Deutschland und Europa sichern.*

Schwarzelühr-Sutter MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, bekräftigte den Bestandsschutz der Betriebszeiten und verwies dabei auf die erforderliche Rechtssicherheit. Ein generelles Nachtflugverbot sei nicht im Interesse der Bundesregierung.

Zum Luftverkehrskonzept betonte **Katherina Reiche MdB**, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, dass sich das Bundesverkehrsministerium zunächst Transparenz über die Situation der Branche mit einer Marktanalyse verschaffen müsse, ehe das Konzept erarbeitet werde. **Stephan Kühn MdB**, verkehrspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erwiderte, dass mit dem Papier der Posch-Kommission aus dem vergangenen Jahr bereits eine gute Grundlage für das Luftverkehrskonzept vorliege, auf das die Regierung aufbauen sollte. Er kritisierte den Wildwuchs der Regionalflughäfen und die damit verbundene Subventionspraxis durch Länder und Gemeinden: „Um das Flughafennetz in Deutschland nachhaltig zu gestalten und zu nutzen, bedarf es dringend einer besseren länderübergreifenden Abstimmung, Vernetzung und Planung.“ Der Bund habe grundsätzlich die Möglichkeit im Rahmen der Auftragsverwaltung mehr Einfluss auf die Flughafenpolitik zu nehmen.

Zum Luftverkehrskonzept sagte **Thomas Schnalke**, Geschäftsführer Flughafen Düsseldorf GmbH, dass es klare Regelungen über die gesetzlichen Vorgaben geben müsse, die den Standort stärken. Lärmschutzgesetze müssten genau überdacht werden: „Ohne Wachstum im Luftverkehr gibt es kein Wirtschaftswachstum. Wir haben in Düsseldorf deshalb eine große Ansiedlung chinesischer Firmen, weil es Direktverbindungen nach China gibt. Wenn diese nicht mehr vorhanden sind, siedeln sich die Unternehmen an anderen Hubs an.“

Die große Bedeutung guter Luftverkehrsanbindung für den Wirtschaftsstandort Deutschland hob auch **Dr. Michael Fuchs MdB**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, hervor. Daher dürften dem Luftverkehr keine weiteren Belastungen mehr aufgebürdet werden. Er sehe bei den Airlines und den Flughafen das Potenzial zum Wachstum. Dazu Fraport-Chef Dr. Schulte: „Unser Ziel muss es sein, dass Flughäfen und Airlines in Deutschland wieder profitabler werden. Die Herausforderung dabei lautet, Wachstum, Lärmschutz und CO2-Minderung in einen akzeptablen Ausgleich zu bringen.“

Dr. Fuchs teilte die Sorge von Lufthansa-CEO Spohr, dass der Wettbewerb einer wachsenden Anzahl von Spartengewerkschaften die Verlässlichkeit des Standorts Deutschland gefährde. Es sei an der Zeit, das Problem gesetzlich zu regeln.

Für die Abschaffung der Luftverkehrssteuer machten sich bei der DVF-Veranstaltung nicht nur die Luftverkehrswirtschaft, sondern auch Politiker stark. Die 2012 in Deutschland eingeführte Luftverkehrssteuer trifft vor allem die deutschen Fluggesellschaften: 4 deutsche Airlines schultern über 500 Millionen – die über 100 ausländischen Airlines die restlichen 460 Millionen. Da die Luftverkehrssteuer eine reine inländische Steuer sei, könne nach den Worten von Lufthansa-Chef Spohr dieses Thema ganz allein von der Bundesregierung gelöst werden, anders als beim europäischen Emissionshandel.